

## Vermerk Europawahl 2009 Grüne

Bearbeiter:

Klaus Dräger, Fraktionsmitarbeiter der Linksfraktion im EP (GUE/NGL), Ausschuss für Beschäftigung und soziale Fragen

### Zum "Grünen New Deal" (Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik)

*„Mit der Wahl von attac-Mitbegründer Sven Giegold und von Barbara Lochbihler von amnesty international auf sichere Listenplätze wurde das Signal des Schulterschlusses, das Bündnis90/Grüne von ihrem Parteitag in Erfurt im November 2008 an die sozialen, globalisierungskritischen Bewegungen gesandt hatten, bekräftigt. Inhaltlich stehen dafür die Positionen zu den Themen Energiewende, globale Finanzmarktkrise, Wirtschaftskrise und Menschenrechte in dem auf der BDK beschlossenen Europa-Wahlprogramm der Grünen. (...) Die Grünen können so hoffen, im letzten Jahrzehnt verlorene Wählerstimmen aus dem bewegungsorientierten Lager zurückzugewinnen.“*

Jochen Weichold: Bericht zur BDK der Grünen Ende Januar 2009 in Dortmund

Das Projekt eines „Grünen New Deal“ steht im Zentrum des Europawahlkampfes 2009 der Grünen. Die Partei startet damit auch eine Offensive gegenüber der Partei DIE LINKE, um im Milieu von GlobalisierungskritikerInnen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wieder attraktiver zu werden und der Linkspartei Stimmen streitig zu machen. Für die Linkspartei geht es hierbei um eine Marge von vielleicht 1 – 2 Prozent der Wahlstimmen, was signalträchtig und daher nicht vernachlässigenswert ist.

Im Folgenden werden daher einige zentrale Aussagen des Grünen Europawahlprogramms einer kritischen Prüfung unterzogen – auch als Argumentationsstütze für unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer.

#### **Der Grüne New Deal – mehr als nur „Obamania“?**

Sicher ein griffiger Slogan für die Internetgeneration, so setzt der *Green New Deal* einerseits auf eine von den Grünen heiß ersehnte „neue Ära“ der internationalen Politik, angestoßen durch den Wahlsieg von Barack Obama in den USA und sein gleichnamiges Projekt für ein US-Konjunkturprogramm. Andererseits reaktiviert der Begriff aber auch das Mantra vom „ökologischen New Deal“ der linken Strömungen in den Grünen vom Anfang der 1990er Jahre, um so zu signalisieren, dass die Grünen wieder ein Stück weit zu ihren bewegungsorientierten Wurzeln zurückkehren. Der Green New Deal präsentiert sich so als ein Projekt, das die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik integriert betrachtet und neu ausrichtet:

*„Der GRÜNE New Deal verbindet soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Eines ist ohne das andere nicht zu haben, gemeinsam sind sie die Grundlage für wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit.“*

*Der GRÜNE New Deal setzt auf ökologische Innovation und auf die Bereitschaft unsere Lebensstile so zu gestalten, dass die Welt das aushält. Es ist die Verantwortung Europas, der Welt ein ökologisches Beispiel zu geben. Der GRÜNE New Deal setzt auf soziale Teilhabe aller.“*

Sein erklärtes Ziel ist, „die Finanz-, Klima- und Armutskrise mit einem ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft“ zu beantworten. So weit, so gut und so schön die Rhetorik.

DIE LINKE verwendet zwar nicht den Begriff des Green New Deal, aber ihr Europawahlprogramm zielt ja ebenfalls auf eine integrierte Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Umweltpolitik, um den ökologischen und sozialen Umbau in der EU voranzubringen. Das Anliegen eines entsprechenden Kurswechsels wird also durchaus von beiden Parteien geteilt.

Doch was will der Grüne New Deal nun konkret?

### **Lissabon-Strategie: korrigieren oder ablösen?**

Die offizielle Rhetorik der Europäischen Kommission zur Lissabon-Strategie klingt wie direkt von den Grünen abgekupfert: „Strategie zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung Europas.“ Wenn zwei das Gleiche sagen, müssen sie nicht unbedingt das Gleiche auch meinen.

Für die EU-Eliten geht es darum, Europa zur „wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsregion der Welt zu machen.“ Die Grünen haben mit Letzterem – dies sei vorab bemerkt – nicht unbedingt ein grundsätzliches Problem. Sie monieren lediglich:

*„In der Lissabonstrategie wurde vollmundig verkündet, dass Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik zusammenwirken müssten. Allerdings hakt es gewaltig bei der Umsetzung, denn allein die wirtschaftlichen Ziele werden ernst genommen, während die sozialen und ökologischen Ziele aufgrund ihrer Unverbindlichkeit ins Abseits geraten. Eine solche Unausgewogenheit hilft weder die Wirtschaft auf einen Nachhaltigkeitskurs zu bringen noch neue Wettbewerbsfähigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und neue und bessere Arbeitsplätze zu schaffen.“*

Der wirtschaftspolitische Teil der Lissabon-Strategie („Wachstum und Beschäftigung“) soll durchaus so weiter verfolgt werden (mit gewissen Einschränkungen, wie wir noch sehen werden). Ansonsten geht es ihnen darum, die umwelt- und sozialpolitischen Pfeiler der Strategie wieder stärker aufzuwerten:

*„Wir wollen, dass in der 2010 anstehenden Revision der Strategie die Nachhaltigkeitsstrategie und die soziale Agenda endlich wieder wirklich integraler Bestandteil der Strategie werden.“*

Das ist aus Sicht der LINKEN deutlich zu kurz gesprungen- zurück zur "alten Lissabon-Strategie (2000 - 2005). Neoliberale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, flankiert von einer vielleicht wohlmeinenden Umwelt- und Sozialpolitik – das ist in sich völlig widersprüchlich und kann keine vernünftigen Ergebnisse bringen. DIE LINKE will 2010 die Lissabon-Strategie komplett ablösen – durch eine neue, abgestimmte (integrierte) EU-Strategie für Solidarität, Nachhaltigkeit und soziale Integration, die Abschied von der

Fixierung auf Exportsteigerung und „internationale Wettbewerbsfähigkeit“, und von den so genannten „Strukturreformen“ im EU-Binnenmarkt (Liberalisierung und Privatisierung, Standortkonkurrenz, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte) nimmt.

### **Nachhaltig Wirtschaften: Der Green New Deal?**

Gemeinsame Bemessungsgrundlage für ausgewählte Steuern (kein Hinweis darauf, welche), Mindestsatz für Unternehmenssteuern (kein Hinweis, wie hoch), „flexible Zusammenarbeit“ beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen (aber wie?), „Finanzinstitutionen reformieren“ (gefordert wird aber nur, dass die EU statt der Mitgliedstaaten Sitze in IWF und Weltbank erhält und die Europäische Investitionsbank EIB und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBRD zu einer EU-Bank zusammengeführt werden) – die Überschriften klingen gut, doch inhaltlich bleibt alles recht dürftig.

Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern, die Ziele der Geldpolitik der EZB nicht nur auf Preisstabilität, sondern auch auf stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung ausrichten – hier sind sich die Programme von Grünen und LINKEN weitgehend ähnlich. Durchaus ähnliche Forderungen gibt es auch im Hinblick auf die Regulierung der Finanzmärkte (Steueroasen trocken legen, Finanztransaktionssteuer, Europäische Banken- und Finanzaufsicht, Regulierung von Rating-Agenturen), doch sind die Forderungen der LINKEN hier weitaus präziser und gehen auch deutlich weiter (Verbot von Derivaten, Hedgefonds etc.).

Wohlvollend interpretiert, fordert das Konzept des Grünen New Deal auch eine europäische Wirtschaftsregierung. Doch auch hier bleibt es inhaltlich dünn:

*„Die Euro-Gruppe muss aufgewertet werden, um gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank unter Beteiligung der Sozialpartner die makroökonomischen Rahmenbedingungen zu setzen. An diesem Prozess müssen auch die Sozialpartner – also die europäischen Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbände – beteiligt werden, da langfristig auch die Lohnverhandlungen stärker europäisch koordiniert werden müssen. Außerdem wollen wir GRÜNE die makroökonomischen Leitlinien einer europäischen Wirtschaftspolitik unbeschadet der Rechte der nationalen Parlamente durch das Europaparlament diskutieren und parlamentarisch mitentscheiden lassen.“*

Die Grünen stellen lediglich Anforderungen an die Prozesse und ihre Transparenz. Und sie rufen nach Mitentscheidungsrechten des EP.

Inhaltlich nehmen sie zu Fragen der makro-ökonomischen Politik kaum oder gar nicht Stellung. Dies verwundert umso mehr, als die Europäische Kommission und der Rat im Dezember 2008 (bevor die Grünen ihr Wahlprogramm beschlossen) ja ein Paket zur Bekämpfung der Rezession aufgelegt haben (das von der LINKEN scharf kritisiert wird). Die Grünen äußern sich dazu überhaupt nicht.

Sie nehmen auch zu grundlegenden Fragen der makroökonomischen Politik nicht Stellung: Sind die Maastricht-Kriterien zu Haushaltsdefiziten und gesamtstaatlicher Verschuldung richtig und zu verteidigen (DIE LINKE lehnt diese ab), soll weiter „Sparpolitik“ betrieben werden oder ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU obsolet geworden, soll die EZB die Zinsen weiter senken und wie steht man zur Unabhängigkeit der EZB (demokratische

Kontrolle der Geldpolitik?)? Welche konkreten Vorschläge haben die Grünen für ein Anti-Krisen-Programm, soll die EU ein Programm auflegen in der finanziellen Größenordnung wie Obama in den USA oder braucht sie keines, weil es reichen würde, den bestehenden EU-Haushalt "ökologisch umzuschichten" (darauf beruhen die Forderungen des grünen Wahlprogramms zu Klimawandel und Umwelt) usw.?

Hier hat der Grüne New Deal außer Slogans gar nichts zu bieten:

*„Der Grüne New Deal als globale Strategie setzt auf proaktive Krisenlösungen durch eine verstärkte Koordination von Finanz-, Struktur-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Im Rahmen dieser Strategie wollen wir mit einem konzentrierten sozialökologischen Investitionsprogramm in Europa Impulse gegen die Rezessionsgefahr setzen, um so ein nachhaltigeres grünes Umsteuern in einer stabileren sozialen Wirtschafts- und Finanzwelt zu erreichen. Hierbei soll auch die Verantwortung der Reichen für die Entwicklungsländer berücksichtigt und praktisch eingelöst werden.“*

Die Wählerinnen werden fragen: Wie viel Geld soll für das „konzentrierte sozialökologische Investitionsprogramm in Europa“ in die Hand genommen werden, wie viel sollen die Mitgliedstaaten und wie viel die EU-Ebene schultern, welche Finanzierungsinstrumente werden vorgeschlagen, aus welchen Elementen besteht es, in welche Bereiche und/oder Regionen sollen die Investitionen fließen, wer koordiniert und kontrolliert es?

Dabei wollen die Grünen doch immer so professionell sein, angeblich realistisch mit spitzem Stift rechnen und mit kompetenten Konzepten glänzen – im Gegensatz zur angeblich maximalistisch-populistischen Linkspartei. Das Kernstück des Grünen New Deal entpuppt sich aber als heiße Luft – konkrete Antworten zum Investitionsprogramm bleiben sie schuldig – im Gegensatz zum EP-Wahlprogramm der LINKEN. Unter dem Stichwort „Nachhaltig investieren“ geht es weiter hinten im Kapitel zum Green New Deal nur um die Zertifizierung von ökologisch orientierten Investmentfonds und dergleichen – gut und schön, aber doch angesichts der großen Ankündigungen weiter vorne einfach ein Witz.

Die Politik der Umverteilung von unten nach oben – Löhne und Einkommen, Sozialstaatsabbau – wird ebenfalls überhaupt nicht thematisiert. Dass diese Umverteilung erst den Spielraum für die Aufblähung und Vorrangstellung der Finanzmärkte geschaffen hat und revidiert gehört – komplette Fehlanzeige.

Das wirtschaftspolitische Leitbild der Grünen ist nach wie vor die „Grüne Marktwirtschaft“ von Fritz Kuhn – Sven Giegold’s Green New Deal hin oder her. Dies schließt weiteren Standortwettbewerb innerhalb der EU und zwischen der EU und anderen globalen Wirtschaftsregionen durchaus ein:

*„Mehr Nachhaltigkeit im Binnenmarkt bedeutet auch, dass wir GRÜNE einerseits die **Marktkräfte intensivieren** wollen, indem wir **mehr Wettbewerb** in verkrustete Strukturen tragen. Andererseits müssen wir dem Wettbewerb mehr oder bessere Regeln geben, um ungesteuerte Kräfte zu bändigen. Wir wollen in Europa eine grüne Marktwirtschaft und keine entfesselte Ökonomie oder einen neuen Protektionismus. Europa darf sich nicht abschotten, sondern muss sich in der globalen Arbeitsteilung besser positionieren. Das bedeutet: Europa muss wirtschaftlichen Erfolg auf Innovation und*

*Umwelttechnologie sowie starke ArbeitnehmerInnen bauen und nicht auf einen Wettbewerb um Niedriglöhne und der Minimalstandards setzen“ (Hervorhebungen KD, alle weiteren auch).*

Ein radikaler Umbau in Richtung Binnenwirtschaftsorientierung und entsprechender Investitionslenkung ist die Sache der Grünen nicht, im Gegensatz zur LINKEN. Zur offiziellen Politik der „Strukturreformen“ im EU-Binnenmarkt (Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Liberalisierungspolitik, „Bürokratieabbau“ und Deregulierung) nehmen sie ebenfalls kaum (Ausnahme: „regulierter Wettbewerb auf dem Energiebinnenmarkt“) und vor allem nicht grundsätzlich Stellung.

Immerhin, Konkurrenz um Niedriglöhne und Mindeststandards mögen die Grünen nicht – die Exportfixierung Deutschlands als einer der Hauptstörfaktoren für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung in der EU andererseits wird aber keineswegs in Frage gestellt.

Im Gegenteil: der grüne Europakandidat Sven Giegold verkündet stets, dass „wir“ möglichst schnell moderne Elektroautos bauen müssen, um vor der Konkurrenz aus China oder Indien im globalen Wettbewerb die Nase vorn zu behalten. Sieg im globalen Wirtschaftskrieg, indem Deutschland und/oder Europa Exportweltmeister bei Elektroautos wird? Die von Attac stets geforderte Abkehr von der Ideologie der „globalen Wettbewerbsfähigkeit“ sieht anders aus.

Was vielleicht zunächst wie ein abstrakter Streit um Grundsätze und Prinzipien wirken mag, hat aber ganz praktische Folgen. Um beim Beispiel Autobranche zu bleiben: DIE LINKE geht natürlich davon aus, dass in diesem Sektor international Überkapazitäten bestehen, die abgebaut werden müssen. Dies wollen wir aber durch Kooperation erreichen – am besten international und europäisch abgestimmt, und nicht nach dem Motto „VW und Ford gewinnen auf Kosten von Fiat oder GM oder Peugeot“. Zweitens wollen wir einen „Rettungsschirm für die Menschen“ – also zunächst Garantien für die Beschäftigten, ihre Arbeitsplätze zu behalten. Hier geht es ja auch darum, die Kompetenzen der Beschäftigten (IngenieurINNen, TechnikerINNen, FacharbeiterInnen usw.), ihr Fach- und Erfahrungswissen zu erhalten und auszubauen, die gerade für ein Umsteuern in eine nachhaltige Entwicklung dringend gebraucht werden. Sind diese Fachkräfte erst mal in alle Winde zerstreut, wird es ja schließlich mit einem Umbau auch schwierig, industriepolitische Kerne gehen verloren.

In einem zweiten Schritt geht es dann darum, die Automobilbranche schrittweise umzubauen (Konversion) – Produktinnovation (Elektroautos, aber auch Hybridantriebe, Brennstoffzellen mit Solar-Wasserstoff etc.), alternative Produktion (z.B. Motoren für Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen), neue Mobilitätsdienstleistungen und langfristig ein integriertes nachhaltiges Verkehrskonzept, das auch die Siedlungsstrukturen mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung und des Vorrangs von kollektiven Verkehrsträgern umbaut. Dazu braucht es z.B. einen „Zukunftsfonds für nachhaltige Industrie“. Und drittens muss das Prinzip gelten: wenn der Staat schon mit Anti-Krisen-Programmen, Krediten und Investitionen hilft, dann muss sich dies in entsprechendem öffentlichen Einfluss (Stichwort Eigentumsverhältnisse und Wirtschaftsdemokratie) und demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle (auch durch die Belegschaften) umsetzen.

Dies alles ist aber das glatte Gegenteil von „Marktkräfte intensivieren“ – letzteres meint ja stets die Gestaltungsmacht der Unternehmen als „Anbieter“ – sondern eben demokratische Teilhabe, Kontrolle und Gestaltung der Wirtschaft und Investitionslenkung.

### **Marktkräfte und Marktmechanismen: Ein gravierender Unterschied**

„*Marktmechanismen* betreffen Transaktionen zwischen Käufern und Verkäufern, wobei die getauschten Objekte entweder Kapital (Inventar) oder Güter und Dienstleistungen sind, die von Unternehmen unter Ausschöpfung ihrer bestehenden Kapazitäten hergestellt werden.

„*Marktkräfte* beziehen sich auf jene Prozesse, die Veränderungen in der zu Grunde liegenden Allokation von Ressourcen verursachen, d. h. der relativen Größe verschiedener Industriezweige, der geografischen Verteilung ökonomischer Aktivitäten etc., die durch die Interaktion von unabhängig voneinander getroffenen Entscheidungen über Investitionen und Kapitalabzug hervorgerufen werden, wobei die Koordination derselben im nachhinein (ex-post) erfolgt.“

Zitat: Fikret Adaman/Pat Divine: On the Economic Theory of Socialism, New Left Review 221, Januar/Februar 1997

### **Demokratische Gestaltung der Wirtschaft: Gesellschaftliche Rahmensetzung für nachhaltige Entwicklung**

Im Kern geht es bei Wirtschaftsdemokratie und demokratischer Investitionslenkung darum, die gewünschte *Proportion* zwischen Angebot und Nachfrage durch öffentlich-demokratische Mechanismen immer wieder neu verbindlich zu bestimmen. „Eine Proportion, die wünschenswert wäre, auf der Basis der Industrie, ist es nicht genau das, was heute ökologisch gebraucht wird? Dass man es sich nämlich aussuchen kann, ob Proportion A gilt: Auto verhält sich zu Eisenbahn wie 5 zu 1, oder lieber Proportion A': Auto verhält sich zu Eisenbahn wie 1 zu 5. Und warum kann man es sich denn nicht aussuchen? (...) Das historisch Bestimmte an diesem Markt ist die Ohnmacht einer individualisierten Nachfrage, die für Marx das entscheidende Kriterium dessen ist, was er die Warenförmigkeit nennt. (...) Die kollektive Nachfrage, wenn sie möglich wäre, (...) wäre nicht die Nachfrage nach irgendwelchen Einzelgütern aus der „ungeheuren Warensammlung“, sondern wäre die Nachfrage nach der Proportion. Und gesetzt, die Ausdrücke Proportion und Maß entfalten ihren Sinn am besten, wenn man sie synonym gebraucht, könnte man sagen, dass genau die kollektive Nachfrage nach der Proportion jenes Maßhalten wäre, zu dem uns manche ÖkologInnen, insofern völlig zu Recht, immerzu auffordern.“

Zitat: Michael Jäger: Ökologischer Umbau durch Befreiung des Marktes (I); in: Kommune 9/96

### **Ein Europäischer Sozialpakt – aber wie?**

Den sozialpolitischen Fortschritt wollen auch die Grünen voranbringen. Einige ihrer Vorschläge dazu werden von der LINKEN durchaus geteilt: arbeitsrechtliche Standards ausbauen, ohne bestehende bessere nationalstaatliche Standards zu gefährden,

Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern voranbringen, das Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort in der EU-Entsenderichtlinie verankern usw.

Insgesamt bleiben ihre sozialpolitischen Forderungen aber eher blass und dürftig. Ihr zentrales Projekt ist die Forderung nach einem Europäischen Sozialpakt:

*„Wir wollen einen Sozialpakt für Europa, der die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessert. Da die EU hier nur begrenzte Möglichkeiten hat, müssen dazu unterschiedliche Instrumente genutzt werden - anstatt wie bisher Politiken gegeneinander auszuspielen. Zentraler Baustein ist für uns GRÜNE dabei der Reformvertrag, der die sozialen Rechte und die Daseinsvorsorge stärkt und soziale Grundrechte in der Grundrechtscharta festschreibt. Er stellt zudem klar, dass der Binnenmarkt kein Ziel, sondern Mittel zum Zweck ist.“*

Dies dürfte bei DGB, ver.di und anderen Gewerkschaften doch erhebliche Verwunderung auslösen. Diese fordern – genau wie DIE LINKE – als Konsequenz aus den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs zu Streikrecht und Entsenderichtlinie die Einführung einer „Sozialen Fortschrittsklausel“ als Protokoll zu den Europäischen Verträgen. Diese soll verhindern, dass die unternehmerischen Binnenmarktfreiheiten Vorrang vor (sozialen) Grundrechten und der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten haben.

Aus Sicht der Grünen ist dieses Problem bereits durch den Lissabon-Vertrag zufriedenstellend gelöst, was sie an mehreren Stellen des Programms herausstellen:

*„Die jüngeren Urteile des Europäischen Gerichtshofes zum Verhältnis der Dienstleistungsfreiheit und den sozialen Grundrechten, wie Streikrecht, nationale arbeitsrechtliche Standards und Tarifverträge, haben gezeigt, dass dieses Verhältnis dringend auf europäischer Ebene gesetzlich klargestellt werden muss. Dafür brauchen wir den Vertrag von Lissabon und eine Änderung der Entsenderichtlinie, damit diese soziale Standards schützt.“*

Zentralen Forderungen der Gewerkschaften wird so implizit eine Absage erteilt. Den Ruf von DGB, IG Metall und ver.di nach „Guter Arbeit“ greift das grüne EP-Wahlprogramm zwar als Slogan auf, doch das dahinter stehende inhaltliche Konzept und die zentralen Forderungen nicht.

Für die Grünen ist „Gute Arbeit“ gleichbedeutend mit einem „ausgewogenen“ Konzept von Flexicurity:

*„Gut ist eine Arbeit, die den Ansprüchen der Beschäftigten an die Gestaltung der Arbeitswelt gerecht wird und die einen gerechten, angemessenen Lohn garantiert. Das heißt vor allem auch, dass **Flexibilität in der Arbeitswelt mit sozialer Sicherheit** verbunden sein muss. Arbeitsrechtliche Standards dürfen nicht aufgrund so genannter flexibler Arbeitsverhältnisse – etwa Leiharbeit, Minijobs oder Scheinselbständigkeit, ausgehöhlt werden.“*

Widerstand gegen die Aushöhlung von Standards ist gut – doch was ist mit dem Ziel der gewerkschaftlichen Kampagnen für Gute Arbeit, atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen und zu überwinden, was mit den weitergehenden qualitativen Anforderungen? Dies benennen die Grünen eben nicht. Dies

alles wird nur von der LINKEN mit ihrem Konzept Gute Arbeit – Gutes Leben – Gute Rente aufgegriffen.

Zur EU-Arbeitszeitrichtlinie äußert sich das Grüne Europawahlprogramm sehr wolkig: die Möglichkeit zum allgemeinen Abweichen (opt-out) von der maximalen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 48 Stunden lehnt man ab, Bereitschaftszeiten sollen im „Grundsatz“ als Arbeitszeit gelten.

Ansonsten fordert man: *„Anstatt die Höchstarbeitszeit weiter auszureizen, müssen reduzierte und flexible Konzepte der Arbeitszeitgestaltung forciert werden“* – was immer dies konkret bedeuten mag. Klare Aussagen zu Arbeitszeitverkürzung oder kurzer Vollzeit für alle – Fehlanzeige.

Zum Thema Bereitschaftszeiten erhellt das Abstimmungsverhalten der Grünen im Europäischen Parlament bei der Zweiten Lesung zur Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie am 17.12.2008, was mit der harmlos klingenden Formulierung im „Grundsatz Arbeitszeit“ eigentlich gemeint ist: Grüne, Liberale, Sozialdemokraten und auch der Sozialflügel der Konservativen stimmten nahezu geschlossen dafür, dass der „inaktive Teil“ der Bereitschaftszeit „besonders gewichtet“, d.h. nicht vollständig als Arbeitszeit gewertet werden kann. Von grüner Seite gab es dazu nur eine einzige Gegenstimme. Die klar anderslautende Rechtsprechung des EuGH – die gesamte Bereitschaftszeit ist Arbeitszeit – wollen auch die Grünen unterlaufen und „mehr Flexibilität“ schaffen.

Und auch sonst laufen sie beim Thema EU-Arbeitszeitrichtlinie mit im Mainstream von Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten. Die Linksfraktion im Europäischen Parlament hatte bei der Zweiten Lesung zur Revision der Arbeitszeitrichtlinie beantragt: Ein Bemessungszeitraum von 12 Monaten soll (wie bisher) nur auf Basis von Tarifverträgen möglich sein, die vom Ministerrat geforderten zusätzlichen Möglichkeiten durch nationale Gesetze und Verwaltungsvorschriften sollen gestrichen werden. Dieser Antrag wurde mit 84: 618: 13 deutlich abgelehnt. Für diesen Antrag stimmten neben der Linksfraktion im Wesentlichen einige konservative und sozialdemokratische Abgeordnete aus Griechenland sowie zwei Abgeordnete der Grünen. Die übrigen Grünen sowie fast alle Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen stimmten dagegen und damit für eine Schwächung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften bei Jahresarbeitszeitregelungen.

### **Daseinsvorsorge: Privatisieren, aber bitte sozialer?**

Das Thema „öffentliche Daseinsvorsorge“ wird im EP-Wahlprogramm der Grünen fast nur für den Bereich der Daseinsvorsorgeleistungen von Kommunen behandelt. Im Gegensatz zur LINKEN wird die bisherige Liberalisierung vormaliger Daseinsvorsorgebereiche (Telekommunikation, Bahn, Post, Energieversorgung usw.) nicht thematisiert und auch keine Rückkehr zu öffentlichen Eigentumsformen gefordert.

Auch gegen Privatisierungen haben die Grünen – etwa im Gegensatz zu Attac und der LINKEN – grundsätzlich nichts einzuwenden:

*„Die in den letzten Jahren gewachsene Tendenz der Kommunen, die Aufgaben der Daseinsvorsorge komplett oder teilweise in private Hände zu geben oder im public-private partnership zu vollziehen*



*wird von uns vor dem Hintergrund von Konzentrationsprozessen kritisch beobachtet. Wenn in bestimmten Bereichen Aufgaben der Daseinsvorsorge an Private übertragen werden, dann muss gewährleistet sein, dass dieses nicht zu einer Leistungsver schlechterung oder Preiserhöhung führt und der Vorsorgecharakter dieser Leistung auch über Generationen hinaus gesichert bleibt. Wir werden uns auch weiter auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Leistungen der Daseinsvorsorge beibehalten werden können.“*

## **Klimaschutz und ökologischer Umbau**

In diesem Bereich besteht das höchste Maß an Übereinstimmung zwischen den Europawahlprogrammen von Grünen und LINKEN: Atomausstieg, Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung, klare Reduktionsziele zum Klimaschutz, Boden-, Gewässer- und Meeresschutz, Chemiewende, Opposition zu "Biosprit" und gentechnisch veränderten Agrarpflanzen usw. Das EU-Emissionshandelssystem lehnt DIE LINKE als untauglich ab und will es durch ordnungspolitische Vorschriften ersetzen. Die Grünen begrüßen es im Prinzip, wollen aber es aber schärfer fassen (keine kostenlose Ausgabe von Verschmutzungsrechten).

Das Programm der LINKEN spricht immerhin (wenn auch nicht ausführlicher) das Thema der Reduzierung des Rohstoff- und Materialeinsatzes und ein darauf zielendes Stoffstrommanagement an. Nicht so das EP-Wahlprogramm der Grünen.

Aus ökologischer Sicht fällt allerdings auf, dass die Grünen eine Reihe ihrer früher klareren Positionen relativiert haben. Müllverbrennung wird inzwischen nicht mehr abgelehnt – ihre Nutzung soll nur noch begrenzt und die bestehenden Anlagen an den Stand bester Technik angepasst werden.

Zu den Ausbauplänen bei Kohlekraftwerken enthält das grüne Programm eine „Öffnungsklausel“:

*„Wir fordern ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke, solange die Technologie der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung nicht erprobt, langfristig sicher, umweltverträglich und ökonomisch einsetzbar ist.“*

Ein Schelm, wer dabei an die Regierungsbeteiligung der Grünen mit der CDU in Hamburg denkt.

Die grüne Agrarpolitik setzt weiter auf den Ausbau des ökologischen Landbaus aus einer Position der Nischenförderung heraus („mit europäischen Mitteln den ökologischen Landbau und nachhaltige ländliche Wirtschaft fördern“). DIE LINKE hingegen will die EU-Agrarpolitik insgesamt so umbauen, dass nur noch ökologisch nachhaltige Landwirtschaft gefördert wird, und thematisiert dabei auch die „Ernährungssouveränität“ in der EU (Versorgung mit gesunden, ökologischen und erschwinglichen Lebensmitteln). Soziale Fragen in der Landwirtschaft thematisiert nur die LINKE – etwa mit der Förderung von Genossenschaften, die es den in der Landwirtschaft Tätigen erleichtern würden, auch mal frei zu haben und vernünftige Arbeitszeiten zu etablieren.

## Zusammenfassung

Der Grüne New Deal bleibt im Wesentlichen ein hübsches Mantra für jugendliche und/oder bewegungsorientierte Menschen aus der Internetgeneration. Programmatische Forderungen von Attac wurden in moderater Form im Kern nur für den Bereich der Bekämpfung der Finanzmarktkrise ins grüne EP-Wahlprogramm eingewoben. Umverteilung wird nur als solche zwischen reichen Industrie- und armen Entwicklungsländern thematisiert, nicht aber in Bezug auf Arm und Reich in der EU. Die Wirtschaftskrise – tiefe Rezession, die Gefahr einer deflationären Entwicklung und Depression - wird von den Grünen weder erkannt noch thematisiert. Ökologisches Umsteuern ist zwar die Devise, es soll aber im Wesentlichen im Rahmen der existierenden Förderinstrumente der EU stattfinden (meist finanziert durch Umschichtungen im EU-Haushalt). Das ist zwar als solches nicht falsch, aber angesichts der Dimension der Krise völlig unzureichend. Eine angemessene makro-ökonomische und industriepolitische Antwort auf die Krise haben die Grünen schlicht nicht – im Unterschied zu Obama´s Programm (was immer daran zu kritisieren ist) kommt diese Dimension in der Wahrnehmung der Grünen einfach nicht vor. Sozial- und beschäftigungspolitisch bleibt der Grüne New Deal farblos. Dem hehren grünen Anspruch, „realistischere“ und „seriösere“ Konzepte vorzulegen als DIE LINKE, wird dies alles nicht gerecht.

## Quellen

Das Europawahlprogramm 2009 von Bündnis 90/Grüne findet sich hier:

[http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Europawahlprogramm/Europawahlprogramm.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Europawahlprogramm/Europawahlprogramm.pdf)